

ten Berichte konzentrierte sich auf die konkrete Kriegsentwicklung, nur am Rande wurden breitere Kontexte hergestellt, in deren Folge die Hauptquellen der Reporter amerikanische oder britische Regierungs- oder Militärstellen waren. So belegt die Studie zudem, dass die Berichterstattung über die irakische Bevölkerung dazu neigte, eher jubelnde statt der kritischen Stimmen im Irak zu zeigen. Bezeichnend ist auch die Feststellung, dass der Konflikt auch nach dem von Präsident Bush verkündeten offiziellen Ende weiterging: »but the embeds went home« (18). Bei aller Kritik kommen die Autoren allerdings auch zu dem Ergebnis, dass die Einbettung der Journalisten in die Kampfverbände nicht dazu führte, dass die Reporter quasi zu PR-Offizieren des Militärs mutierten. Eine Hauptleistung der Studie liegt sicherlich in dem empirisch umfangreichen Nachweis, wie die Berichterstattung in den unterschiedlichen britischen TV-Medien aufgebaut war und wie sie auf die Rezipienten gewirkt hat. Eine übergreifende, die gewonnenen Erkenntnisse der diversen Untersuchungen zusammenfassende Auswertung sucht der Leser jedoch vergebens.

Alle drei Werke liefern mit sehr unterschiedlichen Ansätzen interessante und ergiebige Einblicke in die Öffentlichkeitsarbeit vor und während des Irak-Krieges. Den Arbeiten von Andreas Elter und Magnus-Sebastian Kutz gebührt die Leistung, die manchmal offensichtlichen, manchmal subtilen Formen der Propaganda in der US-amerikanischen Kriegsführung detailliert aufgezeigt zu haben. Bei den drei Studien handelt es sich um eingängig verfasste Texte, die einen breiten Leserkreis ohne intensive Vorkenntnisse ansprechen. Wer den umfassendsten Einblick gewinnen möchte, dem sei die kombinierte Lektüre empfohlen. Denn nur wenn die PR-Strategien der Kriegsakteure und die Vermittlungsleistung der Medien gemeinsam in den Blick genommen werden, kann die Frage beantwortet werden, wessen Werkzeuge die Medien im 21. Jahrhundert sind: die der Regierungen oder des Ideals einer »demokratischen Freiheit«.

*Jochen Fischer,
Institut für Politikwissenschaft, Marburg*

RUTH R. WISSE:

Jews and Power

New York 2007

Schocken Books, 256 S.

Jews and Power – zweifellos ein Thema, das Interesse weckt und Kontroversen hervorzurufen vermag. Kontroversen, an denen es in der jüngsten Vergangenheit – insbesondere in der amerikanischen Publizistik – keinen Mangel gab. Haben doch die Thesen der beiden Politikwissenschaftler John Mearsheimer und Stephen Walt zur Rolle der »Israel Lobby« in der US-Außenpolitik gezeigt, zu welchen

Irritationen ein unsensibler und einseitiger Umgang mit dem Thema führen kann. Gibt es also ein spezifisch jüdisches Verhältnis zur Macht? *Ruth R. Wisse*, Professorin für jiddische Literatur und Komparatistik an der Harvard University und selbst eine der schärfsten Kritikerinnen von Mearsheimer und Walt, bejaht diese Frage. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass dem Judentum eine Anpassung an dauerhafte Machtlosigkeit inhärent war. Der Mangel an politischer Macht habe zur Verwundbarkeit der jüdischen Nation beigetragen. Wisses unfraglich einseitige, aber ebenso couragierte Argumentation läuft daher auf folgende zentrale Thesen hinaus: Der Zionismus sei die logische Konsequenz aus dieser konstanten Machtlosigkeit, der Staat Israel letztlich der einzige Garant für die Sicherheit des jüdischen Volkes, und ein allzu nachsichtiger und auf Aussöhnung um jeden Preis bedachter Umgang mit den Gegnern dieses jüdischen Staates berge mehr Gefahren als Chancen in sich. Offen bekennt sich Wisse als Gegnerin der israelisch-palästinensischen Friedensvereinbarungen von Oslo, die einer unnötigen Kapitulation gleichkämen. Ebenso offen hinterfragt sie die Aussichten eines Festhaltens am Konzept »Land für Frieden«. Ohne Frage, diese Thesen bieten genug Material für Kontroversen.

In ihrer Arbeit geht es der Autorin zunächst darum, die Faktoren und Eigenschaften zu ergründen, die für die politischen Aspekte jüdischen Lebens charakteristisch sind. Obwohl Juden dauerhaft eine Nation bildeten, hätten sich durch das jahrhundertelange Leben in der Diaspora und die Erfahrung des Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert besondere, atypische Muster eines jüdischen Politikverständnisses herausgebildet, denen die moderne Politikwissenschaft bislang kaum Aufmerksamkeit geschenkt habe. Es seien zwar vielfach die religiösen, kulturellen und philosophischen Aspekte des Judentums zum Inhalt wissenschaftlicher Untersuchungen gemacht worden, jedoch gebe es ein mangelndes Interesse an der jüdischen Nation als spezifisch politischer Einheit. Dies habe zu der falschen Annahme geführt, es gebe keine »Jewish politics«. Wisses Anspruch ist es, diese Lücke zu schließen. Ihr geht es insbesondere darum, die Korrelation zwischen der Politik von Juden und ihren dauerhaften und selbsternannten Widersachern – die Autorin verwendet hier den etwas merkwürdigen Begriff »anti-Jews« – zu beleuchten. Dabei geht sie den Fragen nach, wie und warum der Antisemitismus zu einer dominanten Kraft in der internationalen Politik werden konnte und warum Juden nach wie vor vielfach als Sündenböcke für eine verfehlt Politik herhalten müssten.

Als entscheidenden Ausgangspunkt für das Verhältnis der Juden zu politischer Macht sieht Wisse den erstmaligen Verlust der eigenen jüdischen Souveränität im babylonischen Exil im 6. Jahrhundert vor Christus. Dies habe dazu geführt, dass im frühen Judentum Gott als Garant der politischen Macht der Juden angesehen wurde. Daraus resultierte ein zunächst fast ausschließlich transzendentes Verständnis von Macht, das moralische Integrität der militärischen Stärke vorzog. Das babylonische Exil habe insofern als Beleg gedient für die Fähigkeit der jüdischen

Nation, außerhalb der Grenzen Israels ohne eigenes Staatsterritorium, ohne eigene zentrale Staatsgewalt und ohne die Fähigkeit zur Selbstverteidigung zu überleben. Zugleich, so Wisse, sei es eine entscheidende Voraussetzung für die Anpassung an das fortdauernde Leben in der Diaspora nach dem Fall Jerusalems und der Zerstörung des Herodianischen Tempels im Jahr 70 n. Chr. gewesen. Über Jahrhunderte waren Juden fortan vom Wohlwollen und der Gesetzgebung verschiedener lokaler Autoritäten abhängig. Ohne die Möglichkeit der politischen Partizipation habe dies ein besonders hohes Maß an Kreativität und Anpassungsfähigkeit an politische und sozioökonomische Gegebenheiten verlangt. Erstaunlicherweise habe jedoch die mit der Französischen Revolution einsetzende Auflösung der politischen Hierarchien in Europa neben der willkommenen rechtlichen Emanzipation der Juden auch konträre, nicht antizipierte Folgen gehabt. Denn je spürbarer die Juden von der Moderne profitierten, desto häufiger wurden sie für die mit ihr einhergehenden gesellschaftlichen Umwälzungen verantwortlich gemacht, so Wisse. Diese Mentalität habe den Boden für jenen Antiliberalismus und Antisemitismus bereitet, der schließlich im Holocaust gipfelte.

Im Aufkommen des Zionismus als Antwort auf den europäischen Antisemitismus erblickt die Autorin daher einen historischen Wendepunkt. Erst mit der Wiederherstellung der Souveränität des jüdischen Volkes im Land Israel habe ein Umdenken im Bezug auf den politischen Machtbegriff stattgefunden. Die Herausbildung eines Bekenntnisses zu politischer und militärischer Macht sei die entscheidende Voraussetzung für die Sicherheit Israels und der Juden insgesamt. Zugleich richtet die Autorin eine Warnung an jene liberalen Juden in Israel und Amerika, denen sie Leichtgläubigkeit und ein illusionäres Verständnis im Umgang mit Israels Nachbarn und Feinden unterstellt. Der Begriff »appeasement« bleibt dabei, wohl wegen seiner historischen Dimension, zwar unausgesprochen, allerdings zeigt Wisse hier offen ihre Nähe zu den Positionen des israelischen Likud und des (neo-)konservativen Flügels des amerikanischen Judentums. Dieser hatte zuletzt bereits mit Veröffentlichungen wie »»Progressive« Jewish Thought and the New Anti-Semitism« (American Jewish Committee 2006) in der jüdischen Gemeinschaft scharfe publizistische Auseinandersetzungen hervorgerufen. Der dort erhobene Vorwurf, liberale und progressive Juden würden ein gegenwärtiges Wiedererstarken des Antisemitismus bestenfalls verkennen und schlimmstenfalls begünstigen, taucht in »Jews and Power« an der ein oder anderen Stelle, wenn auch in abgeschwächter Form, wieder auf. Aus ihrer Bewunderung für Neocons wie Norman Podhoretz und Neal Kozodoy macht Wisse jedenfalls keinen Hehl. Letzterem ist ihr Buch gewidmet.

Auch wenn man ihre politischen Ansichten nicht teilt, wird man als Leser für Wisses couragierte und zugleich provokative Argumentation einige Anerkennung finden. Gleiches gilt für die sprachliche Eleganz ihres Essays. Die Radikalität mancher Thesen mag auf den ersten Blick durchaus abschreckend wirken. Verständlicher wird ihre Haltung erst vor dem Hintergrund ihrer persönlichen Geschichte

als Flüchtling aus dem von Nazi-Deutschland unterworfenen Europa. »Jews and Power« gibt insofern auch einen Einblick in das Seelenleben jener Generation von amerikanischen Juden, die den Holocaust überlebt haben und, wenn auch aus einiger Distanz, mit dem zionistischen Projekt aufgewachsen sind. In dieser Hinsicht ist Wisses Buch auch ein authentisches Dokument der Zeitgeschichte, wenn auch manchmal mehr Symptom als Diagnose einer polarisierten Debatte. Die darin enthaltenen Ängste vor einem Wiedererstarken des Antisemitismus sind zweifellos glaubwürdig und sollten von Kritikern nicht als übertriebene Sensibilität missverstanden werden. Die Schlussfolgerungen, die Wisse daraus zieht, sind ebenso kontrovers wie lesenswert.

*Tim Maschuw,
Bonn*

Ein anderes Europa ist möglich

MICHEL REIMON / HELMUT WEIXLER:

Die sieben Todsünden der EU. Vom Ausverkauf einer großen Idee

Wien 2006

Verlag Carl Ueberreuter, 192 S.

Im Jahr 2005 sagten die Franzosen bei der Volksabstimmung über den EU-Verfassungsvertrag: »Non!« Wenig später hieß es aus den Niederlanden ebenfalls: »Nee!« Damit war das ehrgeizige Projekt vorerst gescheitert, obwohl es immerhin durch 18 von damals 25 und heute 27 Mitgliedsstaaten (meist parlamentarisch) ratifiziert wurde. Die schockierten Staats- und Regierungschefs verordneten sich sowie ihren Bürgerinnen und Bürgern daraufhin erst einmal eine »Phase der Reflexion«, bevor sie 2007 einen neuen Versuch starteten. Der jetzt zur Ratifizierung anstehende Lissabonner Vertrag deckt sich im Wesentlichen mit dem Verfassungsvertrag, wenngleich der Europäische Rat jegliche Verfassungssymbolik aus dem Text gestrichen hat. Nun soll in allen Staaten, in denen ein Referendum nicht zwingend vorgeschrieben ist, darauf verzichtet werden, um eine Wiederholung des Debakels von 2005 zu vermeiden.

Dieser krumme Weg ist bestimmt nicht im Sinne der beiden intellektuellen Altermondialisten Michel Reimon und Helmut Weixler. In ihrem 2006, also in der erwähnten Zeit des Nachdenkens, erschienenen Buch unterstreichen sie u. a., dass eine aktive Bürgerbeteiligung eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen des Integrationsprozesses sei. Allerdings soll es ein anderes Europa als das bisherige sein, fordern die Autoren. Denn die EU in ihrer heutigen Gestalt leide an sieben Todsünden. Sie sei:

- ▶ undurchschaubar, weil der Ministerrat zu viel, das Europäische Parlament und die Bevölkerung hingegen zu wenig zu sagen haben;